

5. *Осташева Н. В.* На переломе эпох... Меннонитское сообщество Украины в 1914–1931 гг. [Текст] / Н. В. Осташева. – М., 1998.
6. *Ченцов, В. В.* Трагические судьбы. Политические репрессии против немецкого населения Украины в 1920–1930-е годы [Текст]. – М., 1998.
7. Центральний державний архів вищих органів влади та управління України. – Ф. 413, оп. 1, спр. 413; Спр. 448; Спр. 456.
8. *Quiring, W.* Die Tragödie eines Auswanderungs [Text] // Heimatbuch der Deutschen aus Russland. – 1985/1989. – Stuttgart, 1989. – S. 96-103
9. *Toews, J. B.* Czars, Soviets and Mennonites [Text] / J. B. Toews. – Newton, Kansas, 1982.

*Надійшла до редколегії 01.04.09.*

**Viktor Krieger**

*Universität Heidelberg*

**AKTIVER UND PASSIVER WIDERSTAND DER  
DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG  
IN DER SOWJETUNION DER ZWISCHENKRIEGSZEIT**

**This research shows different form of German population protests in the Soviet Union between two world wars i XX-th century.**

**Розглянуті форми опору та протесту німецького населення СРСР міжвоєнного періоду, як реакція на різноманітні види державного свавілля.**

Vom Beginn der Einwanderung nach Russland an zeigten sich die deutschen Kolonisten als friedliebende und obrigkeitshörige Menschen. Nicht von ungefähr attestierte der wolgadeutsche Dumaabgeordnete Jakob Dietz seine Landsleute folgendermaßen: ««Die Kolonisten gehorchen den Älteren und der Obrigkeit... Jegliche behördliche Verordnung, seien sie auch gesetzwidrig, wird von den Kolonisten widerspruchslos erfüllt» [6, c. 380]. Aber bereits einige Jahre nach dem Niederschreiben dieser Sätze erschütterten zahlreiche und blutige Aufstände und bewaffnete

Auseinandersetzungen die zuvor so idyllisch wirkenden Kolonistensiedlungen. Welche außerordentlichen Umstände waren es, die eine derart radikale Wende auslösten und Tausenden Menschen das Leben kosteten?

Die Gemüter der deutschen Bauern erhitze nicht die neue Staatsführung an sich, sondern als ungerecht empfundene Forderungen und die eklatante Mißachtung der traditionellen Wert- und Rechtsvorstellungen. Der gewaltsame Protest entlud sich in erster Linie infolge der rücksichtslosen Lebensmittelrequisitionen der Bolschewiki: Für die entzogenen Agrarprodukte bekamen die Bauern keine Gegenleistung, was in ihren Augen einem staatlich organisierten Raub gleichkam. Aber auch der militante Atheismus der Bolschewiki, die Machtübergabe im Dorf in die Hände der landarmen und -losen Bewohner oder die Politik der Enteignung und Umverteilung des Landes schürten Unzufriedenheit [37, S. 11–36].

Immerhin fanden die neuen Machthaber eine nicht zu unterschätzende Unterstützung eines beträchtlichen Teils der russischen und ukrainischen Bauern: Die «wilde» Aufteilung des Gutslandes wurde legitimiert und die Dorfarmen entschädigte man im Zuge der Agrarreform auf Kosten der landbesitzenden Großbauern. In dieser Hinsicht unterschieden sich ihr Rechtsempfinden fundamental von den Vorstellungen der Deutschen: Sogar für die besitzlosen Kolonisten stand die Rechtmäßigkeit des Privateigentums auf Grund und Boden außer Frage. Der vier Jahre tobende Welt- und anschließend der blutige Bürgerkrieg mit seinen menschlichen und materiellen Opfern trugen ebenfalls zu Sittenverrohung und erhöhter Gewaltbereitschaft bei.

**Unruhen und Aufstände im Wolgagebiet.** Der Siedlungsraum der Wolgadeutschen befand sich im Laufe des Bürgerkrieges im Machtbereich der Bolschewiki. Unter Gewaltandrohungen waren die Bauern gezwungen, große Mengen von Lebensmitteln an die Zentrale abzuliefern und für die Rote Armee Rekruten, Pferde und Futter bereitzustellen. Dabei kam es zu zahlreichen Willkürakten und Übergriffen. Bereits im Juli und August 1918 fanden bewaffnete Erhebungen in Balzer und im Bezirk Kamenka statt [32, S. 37; 29, S. 113–114]. Als Reaktion auf die besondere Brutalität von zwei Beschaffungskommandos und fortlaufende Zwangsmobilisierungen nahmen die Unruhen im Januar 1919 in

Warenburg schnell den Charakter eines Volksaufstands an. Die aufgebrachten Siedler ermordeten mehrere Rotgardisten. Erst nach einer Woche konnte der Aufstand niederschlagen werden; als Sühnemaßnahme wurden 32 aktive Teilnehmer erschossen und dem begüterten Teil des Dorfes eine Kontribution in Höhe von 780. 000 Rubel auferlegt [3, c. 36-38].

Die rücksichtslose Ausbeutung war der maßgebliche Grund dafür, dass die Arbeitskommune (autonomes Gebiet) der Wolgadeutschen von der katastrophalen Hungersnot 1921-22 am härtesten getroffen wurde. Ein Zeitgenosse äußerte sich darüber folgendermaßen [15, c. 10-11]:

*«Es gab Momente, erlösende Momente, wenn das Brot der [Deutschen] Kommune in Petrograd und Moskau rechtzeitig eintraf, wenn es schien, dass die örtliche Bevölkerung keine Hoffnung hatte, die Tagesration von einem Achtelpfund Brot zu bekommen. Im Versorgungsjahr 1919/20 hatte das Gebiet eine Ablieferungspflicht von 14,5 Millionen Pud Getreide. Wenn man berücksichtigt, dass das Territorium der Kolonien nicht mehr als den achten Teil des Territoriums des Gouvernements Saratow und den zehnten Teil des Gouvernements Samara betrug, und dass unter anderem das Gouvernement Saratow in demselben Jahr nur 36 Millionen Pud zu leisten hatte, fällt einem die augenscheinliche Nichtübereinstimmung dieser Aufträge ... ins Auge. Damals herrschte die Auffassung, in der kleinen Kommune sei von ‚allem viel und vollauf‘, und dadurch erklärt sich das falsche Herangehen an die Entrichtung der Getreideablieferungspflicht und das falsche Herangehen an die örtliche Bevölkerung».*

Im Winter 1920/21 erreichten bewaffnete Protestaktionen der deutschen Bauern ihren Höhepunkt. Dabei handelte es sich um ein verzweifelt Aufbegehren und um das nackte Überleben, da die Beschaffungskommandos mit Geiselnahmen, Scheinerschießungen und Prügel allerletzte Vorräte und Saatgut eintrieben. Zu ihren Helfershelfern zählten örtliche Aktivisten, Partei- und Dorfratmitglieder sowie manch einer Armbauer.

Der eigentliche Anstoß kam von auswärts. Die eingedrungene «Aufstandsarmee» unter der Führung des ehemaligen Offiziers Pjatakow eroberte am 17. März 1921 Seelmann. Der Aufstand breitete sich rasch

im gesamten Deutschen Gebiet aus. Staatliche Getreidespeicher wurden aufgebrochen und das requirierte Korn unter Bauern verteilt, das Vieh geschlachtet oder aus dem Ort getrieben. Einige Tage später begann die Belagerung der Bezirkszentren Balzer und Marxstadt; die aber nicht eingenommen werden konnten. Die ganze Erhebung war gekennzeichnet von äußerster Brutalität: fast alle festgenommenen Kommunisten und Komsomolzen wie auch Rotgardisten und Mitglieder der Requirierungstrupps in den deutschen Siedlungen wurden ermordet, manchmal lebendig unter das Eis gesteckt, viele Sowjetaktivisten schwer misshandelt.

Erst am 16 April konnte das Gebiet wieder vollständig unter bolschewistischer Kontrolle gebracht werden. Die Bestrafung war nicht minder erbarmungslos: Hunderte Teilnehmer oder Sympathisanten, nicht selten auch Unbeteiligte, kamen während der Erstürmung ums Leben oder wurden später durch die eiligst gebildeten Tribunale verurteilt und sofort erschossen [3, с. 97–113; 24, S. 139–141].

Über Ereignisse in Mariental, eines der Zentren des wolgadeutschen Aufbruchs, haben wir ausführliche Zeugenaussagen von Peter Hunger: Durch sinnlose Beschlagnahmungen und die Willkür des örtlichen Revolutionskomitees (Revkom) war die Stimmung im Dorf im Jahre 1921 sehr angespannt. Nachdem Seelmann gefallen war, bildete sich im Untergrund ein örtliches «Fünferkomitee», das an 23 März die Macht in Mariental an sich riss, die elf Mitglieder des Revkom verhaftete und sie am nächsten Tag ermordete. Die meisten Bewohner verhielten sich während des ganzen Geschehens passiv; viele mißbilligten die Tötung dieser Menschen.

Am 2. April stellte man eine aus 75 Dorfbewohnern bestehende Gruppe auf und schickte sie gegen die anrückende Strafabteilung der regulären Armee. In fünf Kilometer Entfernung zerschlug eine Reitereinheit der Roten Armee diesen schlecht bewaffneten Selbstschutz. Am nächsten Tag sollten auf Befehl des Dorfkomitees alle männlichen Bürger angezeigte Stellungen einnehmen, «um sich beim Einzug des Strafkommandos mit lauter Hurra-Rufen, mit Gabeln und Lanzen auf diese zu stürzen. « Die Erstürmung endete in einem Blutbad: mehr als 220 Marientaler kamen dabei ums Leben, weitere 66 Personen verurteilte das Militärtribunal nach kurzer Vernehmung zum Tode [21, S. 21–50].

Kleinere versprengte Gruppen der Rebellen und Deserteure tauchten im Gebiet noch bis zum Jahr 1922 auf. Größere kollektive Formen des bäuerlichen Protests blieben indes aus; die schreckliche Hungersnot versetzte die meisten Kolonisten in einen apathischen Zustand oder zwang sie zum Wegzug aus heimatlichen Orten.

Immerhin beschloß die sowjetische Partei- und Staatsführung am 24. März 1921 unter dem Eindruck der gewaltsamen Proteste der Bauern im ganzen Land von der Politik des Kriegskommunismus abzurücken und eine Naturalsteuer einzuführen, verbunden mit dem Recht, die Überschüsse auf dem freien Markt abzusetzen. So schlug die Stunde der Neuen Ökonomischen Politik, die die wirtschaftliche Erholung des Landes einleitete.

**Bewaffneter Widerstand im Schwarzmeergebiet.** Die Lage der Schwarzmeerdeutschen in den Jahren 1918–1920 unterschied von derjenigen der Wolgadeutschen. Wenn Letztere sich fast ununterbrochen im sowjetischen Machtbereich befanden und in all den Jahren die gnadenlosen Lebensmittel-Requisitionen und zahlreichen Mobilisierungen von Mensch und Pferd ertragen und anschließend noch eine entsetzliche Hungerkatastrophe über sich ergehen lassen mussten, litten die Deutschen in der südlichen Ukraine und auf der Krim in erster Linie unter den erbitterten Auseinandersetzungen der verschieden Bürgerkriegsparteien, an den chaotischen Zuständen, sich rasch verbreitenden Krankheiten wie Typhus sowie Überfällen marodierender Banden, vor allem unter der Führung von Nestor Machno.

Alleine in Odessa und Umgebung wechselte die Macht in diesen drei Jahren sieben Mal: provisorische Regierung, bolschewistische Machtergreifung, Einzug der deutsch-österreichischen Truppen, dann die Eroberung der Stadt durch die weißgardistische Freiwilligenarmee. Erst ab Februar (auf der Krim ab November) 1920 konnten die Bolschewiki sich endgültig durchsetzen.

Unter diesen Umständen blieb den meisten Siedlungen nichts anderes übrig, als selbst für Ruhe und Ordnung in ihren Dörfern zu sorgen und einen bewaffneten Selbstschutz aufzustellen, dessen Formierung unter der Anleitung von reichsdeutschen Offizieren begonnen hatte und der letztendlich einen Teil der Ordnungskräfte der unabhängigen ukrainischen Regierung (Zentralrada) repräsentieren

sollte. Die Männer aus diesen Milizen stellten auch den Kern bewaffneter Revolten gegen die Requisitionspolitik der Bolschewiki [32, S. 77–90; 30, S. 364–378].

Über den Verlauf des größten Bauernaufstandes im Gebiet Odessa im Sommer 1919 gewinnt man neue Einzelheiten aus einem erst vor einigen Jahren veröffentlichten Zeugenbericht eines ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen. Der Aufstand brach am 27. Juli in Großliebental aus, als in das Dorf eine 20 Mann starke Truppe unter der Leitung des Vorsitzenden des deutschen Revolutionskomitees aus Odessa, Sirik, einmarschierte, um dort eigenmächtig Kontributionen einzutreiben, Waffen zu beschlagnahmen und örtliche Verwaltungsorgane neu wählen zu lassen. 18 Soldaten wurden von den Einwohnern ermordet, die Erhebung weitete sich im ganzen Odessaer Gouvernement aus. Die aufgebrachten Bauern belagerten das Provinzzentrum und sprengten die Eisenbahnlinie; am 2. August stürmten 12 000 Aufständische Odessa, wurden aber zurückgeschlagen. Mit großer Mühe, unter der umfassenden Mobilisierung der Arbeiterschaft, der Parteimitglieder in der Stadt und mit Hilfe auswärtiger militärischer Einheiten gelang es dann den Sowjets, die Rebellion niederzuschlagen. Erst am 14. August 1919 konnte der Zugverkehr wiederhergestellt werden, aber einige Tage später fiel die Stadt unter dem Angriff der Denikin-Truppen und der sie unterstützenden bewaffneten Einheiten der deutschen Siedler [10, c. 127–138; 33, S. 128–131]. Nach der Etablierung der Sowjetmacht wurden dutzendweise Aufständische und ehemalige Mitglieder des Selbstschutzes verhaftet und größtenteils erschossen; noch während des Großen Terrors 1937–38 bildete dieser Tatbestand einen schwerwiegenden Anklagepunkt.

Eine bis heute nicht genau feststellbare Zahl der Kolonisten kämpfte gegen die Rotgardisten in der Weißen Armeen. Bekannt wurde ein selbständiges deutsches Jägerbataillon im Bestand der Freiwilligen Armee, das bis zum Abzug der Wrangel-Truppen aus der Krim im Herbst 1920 kämpfte und anfänglich (Januar 1919) aus ungefähr 800 Kolonisten bestand [7, c. 249–260].

**Auswanderungsbewegung.** Die relativ liberalen Zeiten der 1920er Jahre bedeuteten trotz allem nicht nur für die begüterte Oberschicht des

deutschen Dorfes, sondern auch für die Mehrheit der Mittelbauern eine einschneidende wirtschaftliche, rechtliche und sozial-kulturelle Herabstufung im Vergleich zu dem Zustand vor 1914. Das Gros der deutschen Bauern verlor im Zuge der sozialistischen Bodenreform eine beträchtliche Anzahl an Ländereien: wenn früher ein Vollwirt 60 bis 65 Dessjatinen Land besaß, musste er sich nach der Revolution mit etwa 16 Desj. begnügen. Ihre Wirtschaften wurden wesentlich höher als die der russischen oder ukrainischen Nachbarn besteuert. Überdurchschnittlich hoch war in den Kolonien auch der Anteil der *lischenzy* (Personen, denen das Wahlrecht entzogen wurde), was für den Betroffenen und seine Familienangehörigen gravierende Nachteile mit sich brachte. Nicht nur die Groß-, sondern auch die Kleinunternehmer verloren durch die Verstaatlichung ihren Besitz. Der kirchenfeindliche Kurs der Regierung führte daneben zu zahlreichen Konflikten der Siedler mit den für schulische und religiöse Angelegenheiten zuständigen Sowjetbehörden [20, S. 40–42; 9, c. 68–74].

Kein Wunder also, dass im Verlauf einer solchen Politik ein verstärkter Wunsch nach Emigration entstand. In den Jahren 1923–1928, als noch die Möglichkeit zur legalen Auswanderung bestand, verließen allein 18.300 Mennoniten oder etwa 15 % der Gesamtzahl dieser ethnokonfessionellen Gruppe die UdSSR. Sie wanderten hauptsächlich zu ihren Glaubensbrüdern in Kanada, Mexiko oder den USA aus [38, S. 166].

Im Zuge der veränderten innenpolitischen Lage vermehrten sich seit Ende 1927 die staatlichen Repressionen, was zum Verbot des Religionsunterrichts führte, zur verstärkten Verfolgung von Gläubigen und Geistlichkeit, der Verstaatlichung der Dorfschule, übermäßigen Getreideaufgaben, zur Auflösung der nationalen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Verbände, zur Enteignung und Verbannung der sogenannten Kulaken und schlussendlich in der Zwangskollektivierung der bäuerlichen Wirtschaften gipfelte. Erst 1932 gelang es den Machthabern, die vormals selbständigen deutschen Bauern und Handwerker endgültig zu einem besitzlosen Landproletariat zu degradieren, das in den organisierten Kollektivwirtschaften vollständig vom Staat abhängig war.

Zwischen diesen Jahren lagen dramatische Ereignisse des gewaltlosen Widerstandes der deutschen ländlichen Bevölkerung, der in einem

spektakulären Auswanderungsversuch seinen Höhepunkt erreichte und dadurch die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog: Angetrieben durch die aktuelle Agrarpolitik, entschlossen sich im Herbst 1929 Tausende deutsche Siedler in die Hauptstadt zu ziehen und dort die freie Auswanderung von der Zentralregierung einzufordern. Der Landwirtschaftsattaché der deutschen Botschaft, Otto Auhagen, vermerkte zu den Bewegungsgründen [20, S. 76, 81–83]:

*«Fast überall ist die deutsche Bevölkerung von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit beherrscht, das meistens an Verzweiflung grenzt... Die Kommune beraubt den Bauer seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit, er fühlt sich in ihr nicht nur als Knecht, sondern als Leibeigener, ihn schreckt die Auflösung der Familie und er will lieber Hungers sterben, als seinen Glauben verleugnen».*

Unvollständigen Angaben zufolge betrug bereits Mitte November 1929 die Zahl der Auswanderungswilligen in Moskau 12. 439 Personen, davon 9. 120 Mennoniten, 2. 481 Lutheraner, 743 Katholiken und 95 Baptisten. Die meisten stammten aus dem sibirischen Bezirk Slawgorod. Nach wochenlangem Ausharren erlangten 5. 671 davon die Erlaubnis, nach Deutschland und von dort aus nach Nordamerika zu ziehen; die Übrigen wurden von der Geheimpolizei gewaltsam an ihre früheren Wohnorte zurückgebracht.

Die politische Bedeutung dieser Aktion war für das weitere Schicksal der sibiendeutschen Bauern nicht zu unterschätzen. Einer der höheren Parteifunktionäre drückte es so aus [8, c. 86]:

*«Der deutsche Kulake schoss nicht aus der Flinte. Aber er hat uns eine politische Ohrfeige verpasst, die gravierender war als der schwerwiegende Verlust einzelner Aktivisten... Der kulakische Terror ist eine Belanglosigkeit im Vergleich zu der politischen Aktion, die der deutsche Kulake mit der ideellen und der organisations-politischen Hilfe des amerikanischen Kapitalismus durchführte. Eine stattliche Zahl der Knechte und Armbauern im dreizehnten Jahr des Bestehens der Sowjetmacht zu organisieren und sie zu führen, ist wesentlich komplizierter und effektiver, als in der Dunkelnacht einen Aktivisten zu erschießen».*



Diese Bloßstellung auf der weltpolitischen Bühne vergaßen die sowjetischen Machthaber nie, und bei der nächsten sich in den Jahren des Großen Terrors 1937-38 bietenden Gelegenheit rächten sie sich grausam. Die damalige Teilnahme an der Auswanderung lieferte bereits den vordergründigen Anlass für eine Verhaftung und die darauf folgende Verurteilung; weitere Anklagepunkte bezogen sich auf das Vorhandensein von Verwandten im Ausland oder beliebige Kontakte mit westlichen Staaten bzw. mit Ausländern. So scheint dies der ausschlaggebende Grund dafür zu sein, weswegen bei etwa gleicher Zahlengröße der Minderheit in der Region Altaj 3. 171 Deutsche verurteilt und davon 2. 412 erschossen wurden und im Gebiet Omsk «nur» 539 bzw. 128 [12, c. 64-65].

**Kritische Haltung der deutschen Führungskader.** In den 1920er Jahren war die neue politische Führungsschicht der Russlanddeutschen noch nicht gleichgeschaltet. Einige exponierte Vertreter versuchten daher, die Maßnahmen der zentralen und regionalen Behörden, die auf eine Benachteiligung der deutschen Bevölkerung gegenüber anderen Nationalitäten hinausliefen, zu kritisieren oder abzumildern. So beschwerte sich der Leiter der deutschen Sektionen beim Odessaer Gouvernement-Exekutivkomitees und in den Jahren 1927-1930 Sekretär des Zentralbüros der deutschen Sektionen in Moskau, Ignaz Gebhart, über die höhere wirtschaftliche Belastung der Kolonien im Vergleich zu den Bauern anderer Nationalitäten. Tatsächlich erfüllten die ersteren im Jahr 1921 ihre Lebensmittelaufgabe zu 100 bis 120 Prozent, die unliegenden russischen, ukrainischen, bulgarischen und moldauischen Dörfer dagegen weniger als 50 Prozent. Doch ungeachtet solcher Leistungen und Verdienste – so weiter im Lagebericht – verhielten sich die örtlichen Partei- und Sowjetfunktionäre den deutschen Siedlern gegenüber feindlich und bezeichneten sie als antisowjetisch und konterrevolutionär [9, c. 23-27; 2, c. 44-47].

Die Kritik solcher Ansichten und Wahrnehmungen sowie der Kampf gegen den «großrussischen Chauvinismus» nahmen in den ersten Jahren der Sowjetmacht einen wichtigen Platz in der Tätigkeit der nationalen Parteisektionen ein. Das oft anzutreffende Misstrauen und die Ablehnung seitens des Partei- und Sowjetapparats kann anhand der damals verbreiteten Bezeichnung der deutschen und vor allem der mennonitischen

Landwirte verstanden werden: «Ökonomisch revolutionär, politisch reaktionär. « Obwohl die deutschen Bauern den neuen Machthabern objektiv den größeren Nutzen brachten, galten sie aufgrund ihrer rationalen Wirtschaftsweise, verhältnismäßig hohem Bildungsgrad, vielfältigen Beziehungen zum Ausland und des fremd wirkenden protestantischen und katholischen Glaubens letztendlich als wesentlich schwieriger für ideologische Beeinflussungen und sozialistische Kollektivierung zu gewinnen als andere ethnische Gruppen.

Gewisse «nationalbolschewistische» Strömungen gab es in dieser Zeit auch unter den wolgadeutschen Politikern. So kritisierte das Staatsoberhaupt der Wolgarepublik, Johannes Schwab auf einer Parteikonferenz im Jahr 1928 in Engels den katastrophalen Zustand der Schreib- und Lesefertigkeiten der deutschen Kinder im Alter von acht bis elf Jahren: mit 38 Prozent war sie wesentlich niedriger als die der russischen und ukrainischen Altersgenossen (58,2 Prozent). Diese und ähnliche Vorfälle in der Vergangenheit führte wiederum der Regierungschef der Wolgarepublik, Wilhelm Kurz, in erster Linie auf den sog. «Moskauer Geist» zurück, der in einer verzerrten Wahrnehmung der Probleme vor Ort resultierte [35, S. 44]:

*«Das Verhältnis der zentralen Organe zu der Deutschen Republik ist extrem gestört. Das äußert sich in einer schablonenhaften Vorgehensweise. Wenn man als Vertreter der Wolgarepublik ein Anliegen in irgendeiner Behörde vorbringt, wird einem gesagt: ‚Sie sind aus der Deutschen Republik? Ihr seid doch reich, was wollt ihr noch? Ihr werdet es schon selbst schaffen.‘ Diese klischeehafte, vollkommen unpassende Verfahrensweise ist nicht nur von den Fach- und Verwaltungsleuten verinnerlicht worden, sondern leider auch von den vorgesetzten Parteifunktionären» .*

Kurz hatte auch den Mut, während der Beratung über die Verstärkung der Getreidebeschaffung im Zentralkomitee der Partei am 24. April 1928 offen die Politik der Zentralregierung zu kritisieren. Ferner widersprach er dem allmächtigen Wjatscheslaw Molotow und lehnte zusätzliche Verpflichtungen der Wolgadeutschen Republik energisch ab [17, c. 249-250]. Die Konsequenzen traten unweigerlich, wenn auch nicht sofort ein: Kurz und Schwab wurden ihres Postens

1929 bzw. 1930 enthoben; einige Jahre später fielen beide der stalinschen Terrorwelle zum Opfer.

**Unabhängige mennonitische Kooperative.** Zu Beginn der 1920er Jahre war die Kremelführung noch an Hilfe von ausländischen Organisationen zur Milderung der Hungersnot und an der wirtschaftlichen Genesung der darbenenden Landwirtschaft interessiert. Deshalb wurden auch die daraus entstandenen engen Beziehungen von einigen ethnischen und kirchlichen Gruppen zu ihren Landsleuten und Glaubensbrüdern in europäischen und nordamerikanischen Staaten eine Zeitlang geduldet. Neben Überlegungen wirtschaftlicher Art spielte bei einigen höheren Parteivertretern auch die Hoffnung eine wichtige Rolle, dass gerade die «gesellschaftlich-kommunistische» Richtung der protestantischen «Sekten» – dazu gehörten neben den Mennoniten auch solche Freikirchen wie die Duchoboren, Molokanen, Baptisten, Adventisten u. a. – ihren Mitgliedern den Übergang zur angestrebten kommunistischen Ordnung erleichtern könnte [25, S. 82–84].

Vor allem die schon früher besser organisierten mennonitischen Gemeinden nutzten die Gunst der Stunde und erwirken die offizielle Anerkennung von eigenständigen landwirtschaftlichen Verbänden. Dabei handelte es sich um den «Landwirtschaftlichen Verband der Bürger Holländischer Herkunft in der Ukraine» (LVBHH, 1922 – 1926) und den «Allrussischen Mennonitischen Landwirtschaftlichen Verein» (AMLV, 1923 – 1928) [4, c. 87–129; 11, c. 172–227].

Die erste Vereinigung umfasste 1925 bereits 14. 511 Bauernwirtschaften aus 179 Dorfsiedlungen, die in sieben Zweigstellen organisiert waren. Der Verwaltungssitz befand sich vorerst in der Siedlung Orloff an der Molotschna, der 1924 auf Druck der Regierung nach Charkow, der damaligen Hauptstadt der Ukrainischen Sowjetrepublik, verlegt werden musste [11, c. 43]. Der AMLV zählte zu Beginn des Jahres 1926 5. 478 Wirtschaftshöfe in seinen Reihen oder 73 % von den 44. 334 Mennoniten, die in der Russischen Föderation lebten. Der Verein mit Hauptsitz in Moskau bestand aus 19 Zweigstellen, die die wichtigsten Siedlungsgebiete der Mennoniten repräsentierten: Kuban (Nordkaukasus), Omsk, Alexandertal (Samara), die Krim, Dawlekanowo (Baschkirien), Slawgorod, Pawlodar u. a. [36, S. 3-4; 19, c. 288]. Vor Ort entstanden zahlreiche Konsum- und andere Genossenschaften, die sich auf die

Selektion von Saatgut, die Zucht von Rassevieh und auf intensive Bewirtschaftung des Bodens spezialisierten. Als eine der ersten unter den Bauern in der Sowjetunion setzten diese Genossenschaften Traktoren und andere moderne Technik ein, wobei fast jede Zweigstelle über eine oder mehrere Maschinengenossenschaften und Mechanisatorenkurse verfügte. Man wollte ein integratives, den gesamten Produktionsprozess umfassendes Netz mennonitischer Genossenschaften aufzubauen – von der Bestellung des Ackers über die Fertigung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den eigenen Betrieben bis zum Absatz der Ware [31, S. 124–133; 25, S. 98–124].

Neben den rein wirtschaftlichen Fragen standen auch kulturelle und gesellschaftliche Belange der Mitglieder im Vordergrund. Dazu gehörten nicht nur materielle Beihilfen für Lehrerschaft und Schulen sowie für weiterbildende Anstalten in den Kolonien. Die Verbände leisteten rechtlichen Beistand bei Streitigkeiten der Genossenschaften oder einzelner Teilhaber mit den Behörden, auch in Bezug auf die Befreiung der wehrpflichtigen Jugend vom Militärdienst. Ein anderes Betätigungsfeld war die Emigration; vor allem der LVBHH in der Ukraine organisierte planmäßige Auswanderung von mehreren Tausend Mennoniten, was in der ersten Hälfte der 1920er Jahre wenn auch nicht erwünscht, aber dennoch legal war [41, P. 295–371].

Die aktive Tätigkeit der Mennonitenverbände, ihre offensichtlichen ökonomischen Erfolge, die rationale Wirtschaftsweise, der Empfang von Hilfsgütern und Krediten aus dem Ausland, Kontakte zu den europäischen und nordamerikanischen Glaubensbrüdern machten die Gemeinden resistent für die Sowjetisierung und ideologische Vereinnahmung. Sie waren dem Regime ein Dorn im Auge auf dem geplanten Weg zur totalen geistigen Kontrolle und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Staat. Intern gab man unumwunden zu, dass unter den Mennoniten die Partei praktisch keine Autorität besitze, die antireligiöse Propaganda ihr Ziel verfehle, die Jugend nicht in den Komsomol (Kommunistischen Jugendverband) beitrete und der solidarische Zusammenhalt der Gemeinden den Klassenkampf verhindere. Der Geheimdienst OGPU, die örtlichen Sowjet- und Parteistellen diffamierten diese Vereinigungen als antisowjetisch, beschuldigten des Spekulantentums und der Ausnutzung der mittellosen Bauern durch reiche Mitglieder und bezeichneten insgesamt ihre Tätigkeit gegenüber der Sache des sozialistischen

Aufbaues als schädlich. Diese Einschätzung wurde öffentlich in der Presse und in den Auftritten der Offiziellen verbreitet [19, c. 260–313].

Angesichts derartiger Übergriffe hatten sich der Vorsitzende der Zentralverwaltung des Allrussischen Vereins, Peter Fröse, das Mitglied der Moskauer Verwaltung, Cornelius Klassen und der Sekretär Johann Ewert zu einem mutigen Schritt entschlossen: In einer ausführlichen Stellungnahme widerlegten sie mit überzeugender Begründung und handfesten statistischen Angaben vorgebrachte Vorwürfe. Sie skizzierten eine Reihe von Bemühungen des Verbandes, ihren wenig wohlhabenden Mitgliedern behilflich zu sein sowie die rege Teilnahme der letzteren an den durchgeführten Maßnahmen und stellten abschließend mit einem leicht ironischen Unterton fest: «Wie Sie sehen, ist die Aktivität der Hauptmasse der mennonitischen Bauern sehr groß, diese Masse hat ihre Aufgaben erkannt, und Vermutungen, dass jemand ihre Aktivität paralisieren konnte, sind einfach merkwürdig. «Selbstverständlich war es diesen Männern klar, dass es sich um die «Paralisierung» der bolschewistischen Aktivitäten handelte... [19, c. 285–293].

In dem sich verschärfenden innenpolitischen Klima gab es bald keinen Platz mehr für selbständige Organisationen, und sachliche Argumente zählten dabei immer weniger. Beide Zentralverbände wurden 1926 (in der Ukraine) bzw. 1928 (Russische Föderation) aufgelöst und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den mennonitischen Siedlungen in das allgemeine Netz der vom Staat abhängigen Verbände eingegliedert. Gleichzeitig verfügten die Behörden über die Liquidation einer Vielzahl von sogenannten «Schein- oder Kulakengenossenschaften», weil sie angeblich nur aus wohlhabenden Bauern bestanden und den Zielen der sozialistischen Agrarordnung nicht entsprachen. Bereits 1928 kam es zu Verhaftungen und gerichtlichen Aburteilungen der aktiven Mitglieder vormaliger mennonitischer Kooperative; ihre Verfolgung dauerte mit jeweils unterschiedlicher Intensität über mehrere Jahre [25, S. 138].

**Bauernunruhen in den Umbruchsjahren.** Seit Ende 1927 verfolgte das Stalinregime nachdrücklich die Abkehr von der Politik der begrenzten Marktwirtschaft: dem Verbot des freien Getreidean- und verkaufs folgten unter großem Zwang durchgeführte Beschaffungskampagnen, ein erhöhter Steuerdruck auf die sogenannten

Kulakenwirtschaften, die Bindung der Bauernwirtschaften an staatliche Vorgaben durch verbilligte Kredite und bevorzugte Versorgung mit Saatgut und landwirtschaftlicher Gerätschaft.

Der Übergang – zwei Jahre später – zur endgültigen Zwangskollektivierung der bislang selbständigen Bauernhöfe und vor allem die mit großer Brutalität durchgeführten Deportationen der zu «Kulaken» abgestempelten Familien führten zu einer raschen Zunahme der aktiven Bauernproteste. Dabei kam es zu spontanen «Zusammenrottungen» von Dorfbewohnern, nicht selten von Frauen, die die Getreidespeicher plünderten oder ihr beschlagnahmtes Vieh aus den Kolchosstallungen zurückholten, den Abtransport der Kulakenfamilien verhinderten oder örtliche Aktivisten verprügelten. Vereinzelt weiteten sich solche kollektive Proteste zu regelrechten Aufständen aus, die nur mit Hilfe der Militär- und OGPU-Einheiten niedergeschlagen werden konnten.

Ähnlich wie in russischen oder ukrainischen Dörfern fanden in den deutschen Siedlungen sogenannte «Weiberaufreure» statt: Frauen galten in dem Sowjetstaat als unmündige und ferngesteuerte Wesen, auf die keine der für Männer vorgesehenen Terrormaßnahmen angewandt werden durften [42, P. 23–42; 37, S. 25–26]. So kamen am 28. Februar 1930 in der Siedlung Kandel, Bezirk Odessa mehr als 200 Frauen zusammen, die sich um den Dorfrat sammelten und die Auflösung der Kollektivwirtschaft und die Rückgabe des «sozialisierten» Eigentums forderten. Zwei Tage später stürmten schon um die 600 Frauen den Verwaltungssitz und rissen alle politischen Losungen und Bildnisse der Sowjetführer von den Wänden. Gleichzeitig verlangten sie u. a. die Rückkehr der verschickten und arretierten Kulaken und die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Schule.

Die Unruhen weiteten sich auf die benachbarten Kolonien Selz, Elsass und Mannheim aus; dort versuchten mehrere Dutzend Frauen die erst vor kurzem verhafteten und noch nicht überführten 20 Landsleute zu befreien, was ihnen allerdings nicht gelang. In Elsass wurde Kufeld (in anderen Quellen: Kiefel), der Sekretär des Rayonexekutivkomitees, zusammengeschlagen und zwei Milizionäre entwaffnet. Erst ein Wachmannstrupp von der Eisenbahn vermochte die Ordnung wiederherzustellen. Infolgedessen verhaftete die Geheimpolizei 17

«Rädelsführer» in Kandel und Elsass und verhängte mehrjährige Freiheitsstrafen über sie [22, S. 107–111; 16, c. 224–227]. Später versuchte Stalin solche Konflikte zu bagatellisieren, indem er über den Umstand sprach, dass es mit den Bäuerinnen anfänglich «kein kleines Mißverständnis gegeben [habe] ... um die Kuh» [37, S. 26].

Ähnliche Unruhen fanden auch auf der Krim, im Wolgagebiet, in Sibirien – kurzum überall dort statt, wo sich Siedlungsgebiete der Deutschen befanden. Insbesondere sei auf die massenhaften, in mehr als 30 Dörfern aufflammenden und mehrere Wochen dauernden Proteste der überwiegend katholischen Dörfer der Kantone Kamenka und Frank in der Republik der Wolgadeutschen verwiesen, an denen auch Frauen aktiv teilnahmen.

In Marienfeld zeichnete sich der Aufruhr durch außerordentliche Härte und Entschlossenheit aus. Fast einen Monat lang, vom 26. Dezember 1929 bis zum 21. Januar 1930, war das Dorf unter Kontrolle der Aufständischen: sie vertrieben den Dorfrat, die Miliz und die Parteimitglieder, lösten die Kolchose auf, forderten die Rückkehr der verschickten Landsleute und Neuwalen der Dorfräte... Die Einwohner wehrten sich mehrere Male erfolgreich gegen Versuche der örtlichen Miliz, die Ortschaft wieder einzunehmen. Nur eine Spezialeinheit des Geheimdienstes konnte Herr der Lage werden. Mehr als 60 Bauern wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Selbst das ZK der bolschewistischen Partei war ob dieses bemerkenswerten Ereignisses beunruhigt und verlangte vom Gebietsparteikomitee der Wolgarepublik einen ausführlichen Rechenschaftsbericht [4, c. 103-104; 5, c. 187–190].

Der Geist des Widerstandes blieb auch in der Verbannung lebendig. Aus einem Bericht der Uraler OGPU: «Eine Gruppe von 20 Personen, lauter ehemalige Großgutsbesitzer und Kulaken mit entzogenem Wahlrecht aus der Krim, größtenteils Deutsche, bildeten eine eigene Gemeinde der Verbannten und stellten eine Reihe von Forderungen auf: Man soll sie nämlich mit Brot versorgen, in warme Gegenden schicken und mit Land versorgen. « An der Station Turinsk, 260 km nördlich von Swerdlowsk, setzten sich diese Deutsche mit anderen Schicksalsgenossen, darunter mit Tataren, Ukrainern und Kosaken, in Verbindung. Infolgedessen lehnten 950 «Kolonisten» – so wurden im Jargon der Geheimpolizisten die

Verbannten, egal welcher Nationalität, damals pauschal genannt. – am 10. April 1930 es entschieden ab, in ein entlegenes Forstrevier zu ziehen, um dort beim Holzschlag eingesetzt zu werden. Die Verhaftung von etwa 100 Aktivisten löste eine gewalttätige Erhebung aus. Die riesige Menschenmenge erzwang schließlich die Befreiung der Arretierten; in der Ortschaft fanden darauf zahlreiche Kundgebungen mit «antisowjetischen Sprüchen» statt. Die Unruhen dauerten eine Woche lang, bevor ein Operativtrupp der OGPU mit einer Militäreinheit die Lage unter ihre Kontrolle brachte. Die Verbannten wurden unter strenger Bewachung zu den vorgesehenen Forstrevieren abtransportiert. Unter den 15 zu Tode verurteilten «Haupttätern» befanden sich Wilhelm Eisenbraun, Arthur Kaiser, Wilhelm Meister und Gottlieb Prinz [13, c. 465–467].

Nach 1931 kam es kaum noch zu gewaltsamen Protestaktionen der Bauern. Zu perfekt funktionierte inzwischen der Terrorapparat, zu zermürbt waren die Dorfbewohner von der staatlichen Repressionspolitik. Anstelle eines aktiven Widerstandes traten eher passive Protestformen ein; der Kolchosnik versuchte sich so gut wie möglich einzurichten und sich an das Unvermeidliche anzupassen, was allerdings durchaus nicht individuelle Auflehnungen oder spontane Gruppenerhebungen ausschloß.

**Religiös motivierte Verweigerung und Widerstand in der Zwischenkriegszeit.** Die religionsfeindliche Grundhaltung der kommunistischen Machthaber nach der «Oktoberrevolution» manifestierte sich in dem Regierungsdekret vom 20. Januar 1918 «Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. « Diese Verordnung schadete den Kirchen nachhaltig, vor allem durch die Konfiszierung und Verstaatlichung ihres ganzen Vermögens. Fortan durften sie keinen karitativen, schulischen und kulturellen Aufgaben nachgehen, was allerdings in den 1920er Jahren noch nicht so streng kontrolliert wurde. Die Verfassung aus dem Jahr 1918 erklärte Priester und Geistliche zu «Dienern der Bourgeoisie» und entzog ihnen das Wahlrecht [40, S. 379–380; 14, c. 29–30].

Anpassungsfähiger und flexibler zeigten sich in den Zeiten der Einschränkungen und Religionsverfolgungen dagegen die freikirchlichen Gemeinschaften der Mennoniten, Baptisten und anderen christlichen



Glaubensrichtungen: Sie waren nicht an kirchliche Hierarchien und ordinierte Pfarrer gebunden, verfügten über eine Anzahl von geschulten Predigern aus eigener Mitte, kümmerten sich intensiv um die Jugend und legten oft missionarischen Eifer an den Tag.

In den 1920er Jahren beklagten zahlreiche Vertreter der deutschen kommunistischen Sektionen und die örtlichen Partei- und Sowjetorgane, dass in solchen Siedlungen die Bildung von Kommunistischen Jugendverbänden und Pioniergruppen sehr schleppend vorangehe, dagegen die religiöse Erziehung der Jugend, die außerschulische Aktivitäten der Brüdergemeinden erfolgreich wären. So forderte zum Beispiel der Kongress der mennonitischen Gemeinden im Kreis Slawgorod in seiner Erklärung vom 17. August 1926, nach dem Vorsitzenden Josef Dirksen als Dirksen-Memorandum bekannt, das Recht [18, c. 74–77]:

*«... 1) ungehindert jegliche religiösen Versammlungen und Gespräche in den Bethäusern sowohl für erwachsene als auch für Kinder durchführen zu dürfen; 2) ungehindert insbesondere für Kinder und Jugendliche Versammlungen religiösen Charakters, Chöre und Religionsunterricht in ebendiesen Räumlichkeiten organisieren zu dürfen.*

*3) Die Schule soll als neutrales Territorium anzuerkennen, das ausschließlich der Wissenschaft dient und weder religiös noch antireligiös ist...»*

Die Abwicklung der Neuen Ökonomischen Politik, der Übergang zur Zwangskollektivierung und beschleunigten Industrialisierung ging Hand in Hand mit einem Frontalangriff gegen Religion und Kirche einher. Das Gesetz über religiöse Gemeinschaften vom 8. April 1929 schränkte die ohnehin bescheidene Rechte der Kirchengemeinden empfindlich ein; anstelle der in der Verfassung verbürgten «Freiheit der religiösen und antireligiösen Propaganda» trat nun folgender Passus über die «Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der antireligiöser Propaganda» ein [31, S. 135–143; 14, c. 250–261].

Im selben Jahr wurde aus dem «Verband der Gottlosen» der «Bund militanter Gottloser», der bald Millionen Anhänger vereinigte. Von ihm gingen «Initiativen» aus, Gottesdienste zu stören, Kirchen und Bethäuser

zu stürmen und zu entfremden, Geistliche und Gläubige zu schikanieren und zu verhöhnen. Am Anfang regte sich noch aktiver Widerstand; in Marxstadt an der Wolga zum Beispiel protestierten im Juni 1930 Tausende Gläubiger gegen die Schließung der lutherischen Kirche [4, S. 222].

Man schreckte nicht vor rein administrativen Maßnahmen und roher Gewalt zurück: Ende 1935 befanden sich nur acht lutherische Pastoren im Amt; dagegen waren 49 verbannt und 46 hatten Amtsverbot. Die Geheimpolizei OGPU führte bereits 1929 massenhafte Repressalien gegen alle Religionsgemeinschaften durch, die in der folgenden Zeit sich mal abschwächten oder auch eine außerordentliche Verschärfung in den Jahren 1937-38 erfuhr [34, S. 325-328].

Eine weitverbreitete Form des passiven Widerstandes, die die sowjetischen Machthaber allerdings empfindlich traf, bestand in den dreißiger Jahren darin, Bittschriften um humanitäre Hilfe an ausländische Organisationen zu richten. Obwohl man sich über die Gefährlichkeit jedweder auswärtiger Kontaktaufnahme im Klaren war, wandten sich zahlreiche deutsche Bauern an Kirchen und karitative Vereine in Deutschland, an die evangelische Missionsgesellschaft in Basel und die Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen in Genf, an mennonitische Organisationen in Nordamerika, und, nicht zuletzt, an zahlreiche Verwandte und Landsleute auf der ganzen Welt. Einigen Schätzungen zufolge erhielten allein die Deutschen Evangelischen Kirchen um die 100 000 (!) Briefe aus allen Siedlungsgebieten der Russlanddeutschen, die von tiefster Religiosität, existenzbedrohender Not und apokalyptischen Vorstellungen geprägt waren [26, S. 3-13].

Der bekannte britische Historiker Robert Conquest bezeichnet diese Briefe «als praktisch die einzigen aus der Zeit stammenden Zeugnisse aus erster Hand von Menschen, die tatsächlich an der Hungersnot litten, während sie ihre Briefe schrieben. « Die Weltgemeinschaft erfuhr dadurch über zahlreiche Fälle der Verfolgung von Geistlichen, aktiven Gläubigen oder einfachen Bauern und bekam eine wirklichkeitsnahe Vorstellung des wahren Ausmasses der Hungersnot in der Sowjetunion [28, S. 344].

Vor allem mutige Pastoren, Pfarrer und Prediger, die in ihren Gemeinden das Verfassen solcher Bittschriften aktiv unterstützten bzw.

diese selbst an ausländische Vertretungen schmuggelten oder ankommende Hilfsgüter und Geldüberweisungen verteilten, wurden strafrechtlichen Sanktionierungen unterzogen. Als typisch konnte das Gerichtsverfahren gegen Prälat Joseph Kruschinsky, Dekan Raphael Loran, Kurat Johannes Thauberger u. a. katholische Priester betrachtet werden, die in einem Schauprozess am 28. April 1935 in Karlsruhe, Gebiet Odessa zu zehn Jahren Verbannung bzw. Straflager verurteilt wurden. Der Hauptanklagepunkt lautete: «Organisation von Massengesuchen der deutschen Bevölkerung an die faschistischen Zentren, um ‚Hilfspakete‘ zu erbitten, was durch das Verschicken von Briefen provokatorischen Inhalts ins Ausland erfolgte» [27, S. 53–59; 23, S. 175–176].

Mit großem propagandistischem Aufwand inszenierte die Stalinsche Führung eine breite «Volksbesprechung» des Entwurfes einer neuen Verfassung, die schließlich im Dezember 1936 angenommen wurde. Sie verkündete Bürgerrechte für alle: direkte, freie und geheime Wahlen und die Aufhebung aller diskriminierenden Bestimmungen, Gleichberechtigung und Gewissensfreiheit. Einige Gläubige versuchten darauffolgend, ehemalige Pastoren oder Prediger als Kandidaten zur Wahl in verschiedene Sowjets aufzustellen oder aufgelöste Kirchengemeinden wieder neu zu gründen. Diese Bestrebungen wurden als das Werk von Kulaken und «Banditen-Elemente». abgetan und ihre Urheber strafrechtlich verfolgt.

So erging es auch dem Küster Kremer aus dem Dorf Béttinger in der Wolgadeutschen Republik: im September 1937 führte er eine Registrierung durch und sammelte Unterschriften von 793 Gläubigen. Damit beabsichtigte er eine offizielle Anerkennung seiner Gemeinde, um ferner die Rückgabe des Gotteshauses zu erwirken. Sobald die Machtorgane davon in Kenntnis gesetzt wurden, verfügte das Gebietspartei Komitee über die Verhaftung von Kremer und eine akribische Überprüfung des Vorganges, um die «Rädelsführer dieser konterrevolutionären Aktion des Klassenfeindes zu identifizieren und auszusondern» [4, c. 223].

Trotz massiver atheistischer Propaganda und zunehmender Verfolgung und Diskriminierung von Gläubigen hielt die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bis zum Kriegsausbruch an ihrem katholischen oder protestantischen Selbstverständnis fest. In die Anfang 1937 durchgeführten

Volkzählung wurde zum ersten und letzten Mal die Frage nach der Glaubenszugehörigkeit aufgenommen. Wenn auch ihre Ergebnisse in dieser Hinsicht mit Vorsicht zu genießen sind, so bleibt immerhin festzuhalten: Mehr als zweidrittel der Deutschen im Alter von über 16 Jahren bezeichneten sich als religiös. Aufschlußreich war außerdem die Tatsache, dass nur 10 Prozent der registrierten Protestanten – die mehrheitlich aus Deutschen, aber auch aus Finnen, Esten und Letten bestanden – Analphabeten waren. Bei anderen Konfessionen stellten die des Lesens und Schreibens Unkundigen entweder das Gros (Muslime, Buddhisten) oder eindrittel und mehr der Anhänger (Orthodoxe, Juden) [1, с. 106–115].

Ende der 1930er Jahre hörte die Kirche auf, als Institution zu existieren. Die meisten Gemeindemitglieder hatten sich aus Furcht vor staatlichen Repressionen ins Private zurückgezogen. Die Traditionen der protestantischen Bruderschaften erloschen dagegen nie gänzlich; sie überlebten die Deportation und sogar das Zwangsarbeitslager. Das aktive Wirken der zahlreichen deutschen Gebets- und Bruderkreise setzte auch nach dem Krieg, vor allem nach der Aufhebung der Sonderkommandantur, ein sichtbares Zeichen der geistigen Unabhängigkeit und des religiösen Behauptungswillens der Russlanddeutschen.

### Библиографические ссылки

1. Всесоюзная перепись населения 1937 года: краткие итоги [Текст]. – М., 1991.
2. Гебгарт, И. Перестроить работу советов в немецких районах [Текст] / И. Гебгарт // Революция и национальности. – 1930. – № 1. – С. 44–47.
3. Герман, А. Немецкая автономия на Волге. 1918–1941: в 2 ч. [Текст] / А. Герман. – Саратов, 1992. – Ч. 1: Автономная область. 1918–1924.
4. Герман, А. Немецкая автономия на Волге. 1918–1941: в 2 ч. [Текст] / А. Герман. – Саратов, 1992. – Ч. 2: Автономная Республика. 1924–1941.
5. Герман, А. История Республики немцев Поволжья в событиях, фактах, документах [Текст] / А. Герман. – 2-е изд. – М., 2000.
6. Дитц, Я. История поволжских немцев-колонистов [Текст] / Я. Дитц. – М., 1997.
7. Лаптев, Ю. Немцы и меннониты юга Украины в гражданской войне (1918–1920 гг.) [Текст] / Ю. Лаптев // Вопр. германской истории: сб. науч. ст. – Д., 2000. – С. 249–260.

8. Малиновский, Л. В общем строю (исторический очерк о немцах Алтая) [Текст] / Л. Малиновский // Алтай. – 1969. – № 3. – С. 83–89.

9. Німці в Україні. 20–30-ті рр. ХХ ст.: зб. док. держ. арх. України. – К., 1994.

10. «Оставьте нас в покое»... Из истории конфликтов немецких поселенцев с Советской властью. 1919 г. [Текст] // Ист. архив. – 1999. – № 2. – С. 127–138.

11. Осташева, Н. На переломе эпох... Меннонитское сообщество Украины в 1914–1931 гг. [Текст] / Н. Осташева. – М., 1998.

12. Охотин, Я. Из истории «немецкой операции» НКВД 1937–1938 гг. [Текст] / Я. Охотин, А. Рогинский // Репрессии против российских немцев. Наказанный народ. – М., 1999. – С. 35–82.

13. Политбюро и крестьянство. Высылка, спецпоселение. 1930–1940 [Текст]: в 2 кн. – М., 2006. – Кн. 2. – 1120 с.

14. Русская православная церковь и коммунистическое государство. 1917–1941: документы и фотоматериалы [Текст]. – М., 1996.

15. Серебряков, Ф. Немецкая коммуна на Волге и возрождение Юго-Востока России [Текст] / Ф. Серебряков. – М., 1922.

16. Солончук, Е. Раскулачивание в немецких национальных районах Одесского округа: зима–весна 1930 г. (по материалам специальных сводок окружного ГПУ в партийные органы) [Текст] / Е. Солончук // Немцы Одессы и Одесского региона: сб. докл. – О., 2003. – С. 217–233.

17. Трагедия советской деревни. Коллективизация и раскулачивание. 1927–1939: док. и материалы [Текст]: в 5 т. – М., 1999. – Т. 1: Май 1927 – ноябрь 1929.

18. Фаст, А. Эмиграционное движение немцев Сибири (1928–1930 гг.): док. и материалы [Текст] / А. Фаст. – Барнаул, 2005.

19. Этноконфессия в советском государстве. Меннониты Сибири в 1920–1980-е годы [Текст]. – Новосибирск; СПб., 2006.

20. Auhagen, O. Die Schicksalswende des russlanddeutschen Bauerntums in den Jahren 1927–1930 [Text] / Otto Auhagen. – Leipzig, 1942.

21. Aus dem Nachlass von Peter Hungen. Angefertigt zum 80. Jahreswende der Bauernunruhen am Großen Karaman/Wolga, März–April 1921 / Johannes Hermann (hg.) [Text]. – Simmern, 2002.

22. Bosch, A. Die Bauernopfer von Kandel und anderen deutschen Dörfern bei Odessa im März 1930 [Text] / Anton Bosch // Russland-Deutsche Zeitgeschichte / Anton Bosch (hg.). – Nürnberg, 2002. – B. 2. – S. 95–169.

23. Bosch, A. Auflösung der deutschen katholischen Kirche in der Sowjetunion und ihr letzter Bischof Alexander Frison [Text] / Anton Bosch // Ebenda. – S. 171–206.

24. *Brandes, D.* Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation [Text] / Detlef Brandes // Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland / Gerd Stricker (hg.). – B., 1997. – S. 131–212.

25. *Brandes, D.* Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1938 [Text] / Detlef Brandes, Andrej Savin. – Essen, 2001.

26. Brüder in Not. Dokumente der Hungersnot unter den deutschen Volksgenossen in Russland [Text] / Adolf Ehrh (hg.). – B., 1993.

27. *Čencov, V.* Verfolgung deutscher Geistlicher in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts [Text] / V. Čencov, L. Fomenko // Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen. – 1997. – Nr. 7. – S. 53–59.

28. *Conquest, R.* Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933 [Text] / Robert Conquest. – Berlin, 1990.

29. *Eisfeld, A.* Deutsche Kolonien an der Wolga 1917–1919 und das Deutsche Reich [Text] / Alfred Eisfeld. – Wiesbaden, 1985.

30. *Eisfeld, A.* Deutsche in der Region Odessa 1917–1920: Loyalität, Autonomie, Emigration [Text] / Alfred Eisfeld // «Kollaboration» in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert / Joachim Tauber (hg.). – Wiesbaden, 2006. – S. 364–378.

31. *Ehrh, A.* Das Mennonitentum in Russland von seiner Einwanderung bis zur Gegenwart [Text] / Adolf Ehrh. – Langensalza; B.; Leipzig, 1932.

32. *Enz, R.* Deutsche Siedler und die bolschewistische Herrschaft: Gewalt und Widerstand in den Jahren 1917–1921 [Text] / Robert Enz // Heimatbuch der Deutschen aus Russland 2007/2008. – Stuttgart, 2007. – S. 35–57.

33. Hoffnungstal und seine Schwaben [Text] / Georg Leibbrandt (hg.). – Bonn, 1980.

34. *Kahle, W.* Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion 1917–1938 [Text] / Wilhelm Kahle. – Leiden, 1974.

35. *Krieger, V.* Bildungsniveau der Wolgadeutschen nach den Volkszählungen der Jahre 1897, 1926, 1939 [Text] / Viktor Krieger // Jahrbuch für internationale Germanistik. – 2004. – Nr. 2. – S. 35–47.

36. *Letkemann, P.* The Files of the Allrussischer Mennonitischer Landwirtschaftlicher Verein (AMLV) [Text] / Peter Letkemann // Mennonite Historian. – 2006. – № 3. – P. 4–5.

37. *Merl, S.* Bauernprotest in Sowjetrußland zwischen 1917 und 1941 [Text] / Stephan Merl // 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. – 1993. – Nr. 4. – S. 11–36.

38. *Pinkus, B.* Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert [Text] / Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer. – Baden-Baden, 1987.

39. *Ostaševa, N.* Die südukrainischen Mennoniten auf der Suche nach einem dritten, genossenschaftlichen Weg 1921–1926 [Text] / N. Ostaševa // Forschungen zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen. – 1995. – Nr. 5. – S. 38–52.

40. *Stricker, G.* Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation [Text] / Gerd Stricker // Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland. – S. 324–418.

41. The Mennonites in Russia from 1917 to 1930: Selected documents [Text] / Jahn B. Toews (ed.). – Winnipeg, 1975.

42. *Viola, L.* Bab'I Bunt and Peasant Women's Protest during Collectivization [Text] / Lynne Viola // Russian Review. – 1986. – Nr. 1. – P. 23–42.

*Надійшла до редколегії 01.04.09*